



Editorial

von Dr. Kristin Brinker



Liebe Leser,

In Brüssel berät die Beamtenschaft über Dinge des alltäglichen Lebens, von denen Sie bisher nicht wussten, dass diese zwingend zu regulieren sind.

Jeder erinnert sich noch an die sogenannte „Gurkenkrümmungs-Verordnung“, die nach vielfachen Protesten wieder abgeschafft wurde.

Weitere Beispiele gefällig? Wie wäre es mit der Leiter-Richtlinie (2001/45/EG), die regelt, wie der äußerst komplexe Prozess des Leiternaufstellens zu bewerkstelligen ist.

Oder kennen Sie die Verordnung 2257/94/EG über zu kurze, zu dünne Bananen, die keine Daseinsberechtigung in der EU haben?

Brüssel hat auch ein Herz für Arbeitnehmer. Speziell für solche, die mit Bohrern arbeiten. Die Richtlinie 2002/44/EG soll Arbeitnehmer vor zu starken Erschütterungen beim Bohren schützen. Unternehmen sind danach verpflichtet, „Vibrationskonten“ zu führen und Gefährdungsbeurteilungen durchzuführen. Woher weiß nun ein Unternehmen, wie stark ein Bohrer „rütteln“ darf? Auch dafür hat Brüssel eine Lösung: „Die Bewertung des Ausmaßes der Exposition für Hand-Arm-Vibration erfolgt nach dem Stand der Technik anhand der Berechnung des auf einen Bezugszeitraum von acht Stunden normierten Tagesexpositionswertes A (8); dieser wird ausgedrückt als Quadratwurzel aus der Summe der Quadrate (Gesamtwert) der Effektivwerte der frequenzbewerteten Beschleunigung in den drei orthogonalen Richtungen a (tief)hw_x, a (tief)why; a (tief)hw_z.“ Alles klar, oder?

IHRE **KRISTIN BRINKER**
LANDESVORSITZENDE

Foto: stock.adobe.com, katarzyna, AP-Fraktion

Für ein neues Europa



Überall in Europa ist die Parteienlandschaft in Bewegung. Neue Kräfte gewinnen an Zuspriech. Alte Parteien werden abgewählt und versinken in der Bedeutungslosigkeit: Seit bald zwei Jahren wird Italien von einer rechten Ministerpräsidentin regiert. In Frankreich ist der Rassemblement National mit weitem Abstand stärkste Kraft. In Österreich, Flandern oder den Niederlanden erfahren nationalkonservative Parteien den stärksten Zuspriech.

Die Wahlerfolge rechter Parteien in nahezu allen Ländern Europas sind auf den Realitätsverlust abgehobener Politiker zurückzuführen. Ob in Italien, Frankreich oder Deutschland: Immer mehr Europäer erkennen, dass die unkontrollierte Masseneinwanderung, ausufernde Staatsschulden oder eine gescheiterte Energiepolitik zur Erosion der inneren Sicherheit, explodierenden Lebenshaltungskosten und zum Verlust der industriellen Wettbewerbsfähigkeit geführt haben.

Gemessen am Haushaltsvermögen sind die Deutschen mittlerweile ärmer als Slowaken oder Portugiesen

Auch in Deutschland setzt sich diese Erkenntnis immer mehr durch. Unvereinbar ist das Gerede des Bundespräsidenten vom besten Deutschland aller Zeiten mit der Lebenswirklichkeit vieler Menschen. Auch neun Jahre nach der Grenzöffnung von 2015 lebt die Hälfte der angeblichen Fachkräfte immer noch von Sozialleistungen. Über fünf Millionen Rentner müssen nach einem langen Arbeitsleben mit weniger als 1000 Euro im Monat auskommen. Junge Familien können sich trotz doppeltem Einkommen den Umzug in eine größere Wohnung nicht leisten.

Gemessen am Haushaltsvermögen sind die Deutschen mittlerweile ärmer als Slowaken oder Portugiesen. Dennoch überweist die Bundesregierung den höchsten Mitgliedsbeitrag aller europäischen Länder an die EU. Über 30 Milliarden Euro zahlt Deutschland jedes Jahr an Brüssel. Der deutsche Nettobeitrag ist fast doppelt so hoch wie der Beitrag Frankreichs mit zehn Milliarden Euro.

Wir müssen diese Politik ändern. Deutsche Politiker sollten die Interessen der Deutschen vertreten. Dafür werden sie gewählt, und dafür werden sie bezahlt. Angesichts von Wohnungsnot oder Armutsrenten, Bildungsmisere oder Pflegegenotstand sowie kaputten Brücken und Straßen müssen wir feststellen: Deutschland ist kein reiches Land mehr. Deshalb kann die Finanzierung der Europäischen Union nicht länger überproportional auf den Schultern der Deutschen lasten.

Weil wir aber grundsätzlich von der Notwendigkeit europäischer Zusammenarbeit überzeugt sind, wollen wir die Europäische Union neu gründen. Gemeinsam mit unseren Partnern in Frankreich, Italien oder Flandern werden wir die EU reformieren. Wir wollen die in Jahrtausenden gewachsene Vielfalt der europäischen Völker und Kulturen bewahren. In einem Bund europäischer Nationen.

ALEXANDER SELL
BERLINER KANDIDAT FÜR DAS EU-PARLAMENT

Demokratie am Scheideweg

Der Staat wird übergriffig – Ausweg: mehr direkte Demokratie

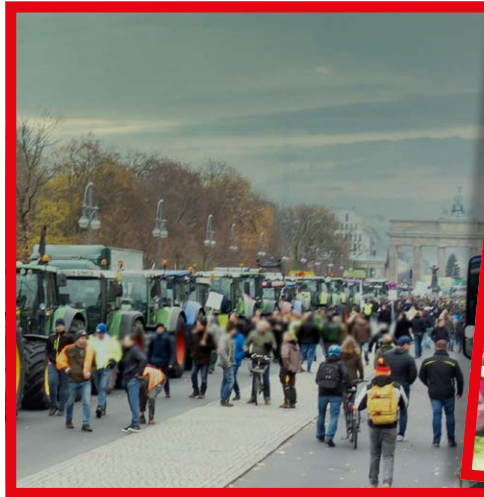
In welchem Land leben wir eigentlich? Das fragen sich mittlerweile viele Bürger, wenn sie sehen müssen, wie die Alt-Parteien im Zusammenspiel mit den öffentlich-rechtlichen Medien die Lügengeschichte eines vermeintlichen „Geheimtreffens“ zur Remigration widerkäuen, während der Verfassungsschutz fleißig daran arbeitet, bestimmte „Denk- und Sprachmuster“ unter Beobachtung zu stellen.

Gleichzeitig soll der „Kampf gegen Rechts“ durch das Aufblähen linker Projekte zur „Demokratieförderung“ in eine neue Größenordnung katapultiert werden.

Doch worin liegt der Nutzen für die Demokratie?

Die „Demokratieförderung“ erweist sich mehr und mehr selbst als Gefahr für die Demokratie

Hunderte von Millionen Euro für die „Stärkung der Zivilgesellschaft“ haben in



Fotos: stock.adobe.com, It. Courtrypirel, re: AFD-Proktion



Wahrheit nur ein Ziel: die AfD kleinzuhalten! So wird „Demokratieförderung“ ad absurdum geführt und zu einem Dauerkampfkampf „gegen Rechts“ umfunktioniert, mögen der Rechnungshof oder der Wissenschaftliche Parlamentsdienst auch noch so große Bedenken haben.

Damit erweist sich die „Demokratieförderung“ mehr und mehr selbst als Gefahr für die Demokratie.

Der Ausweg aus dieser Krise der Demokratie könnte ganz einfach sein: mehr Gelassenheit, mehr Vertrauen und mehr Zugewandtheit zu den Bürgern! Anders ausgedrückt: mehr direkte Demokratie! Zurück zum mündigen Bürger! Dann bedarf es auch keiner staatlichen „Demokratieförderung“ mehr.

~MARTIN TREFZER

Stoppt die Frühsexualisierung von Kindern!

Keine Doktorspiele und Räume für Masturbation in Kitas

Leider kein Witz: „Das pädagogische Konzept eines katholischen Kindergartens beschäftigt die Kerpener Verwaltung und den Landtag. Darin geht es um frühkindliche Sexualität, das Zulassen von ‚Doktorspielen‘ und ‚Räume für Masturbation‘. Die AfD hatte das Thema auf die politische Tagesordnung gesetzt.“ (Kölner Stadt-Anzeiger, 11. Januar 2024).

Eltern sind entsetzt über derartig abstoßende Ideen im Kindergarten! Das sind keine Fake News, das ist leider kein Einzelfall.

Den Hintergrund bildet die „neo-Emanzipatorische Sexualpädagogik“. Da war zunächst der Sexualpädagoge und Pädophile Helmut Kentler, der mit Unterstützung des Senats seit den 1970ern Jungen zur Pflege an vorbestrafte Pädokriminelle vermittelte und selbst Kinder sexuell missbrauchte.

Kentlers „Meisterschüler“ Uwe Sielert propagiert die „Sexualpädagogik der Vielfalt“. Sie folgt der gleichen Kernthese wie bei Kentler, derzufolge Kinder sexuelle Wesen seien und eine gezielte Förderung von Erwachsenen brauchten, um diese

Sexualität zu entdecken. Als Professor und prägender Kopf der deutschen Sexualpädagogik bildete Sielert unzählige Erzieher und Lehrer aus.

Lehrpläne sehen ab der ersten Klasse eine grenzüberschreitende Sexualbildung vor

Berlin unterhält eine Konsultationskita zur „Begleitung der Sexualentwicklung von Kita-Kindern“, die schulischen Lehrpläne sehen ab der ersten Klasse eine grenzüberschreitende Sexualbildung vor.

Liebe Eltern, stoppen Sie diesen Wahnsinn! Wir brauchen dabei Ihre Unterstützung. Fordern Sie Einsicht in Konzepte zur



Foto: freesty-ki

Sexualerziehung in Kitas und Schulen! Schützen Sie Ihre Kinder vor Frühsexualisierung!

~TOMMY TABOR

Nebenkosten und kein Ende

Asylbewerberunterkünfte statt bezahlbarer Wohnraum

„Bezahlbare Mieten“ ist eines der meist verwendeten Schlagworte in Berlin, aber wie sieht es aus mit der Bezahlbarkeit der staatlich verursachten Nebenkosten?

Allein die in der Abrechnung versteckte Grundsteuer macht 500 Euro im Jahr aus, hinzu gesellt sich die GEZ-Gebühr mit 220,32 Euro. Im Durchschnitt ca. 700 Euro zahlt der Bürger an Abgaben auf Strom – und für Wärme je nach Heizart um die 800 Euro. Wohlgermerkt alles Circa-Angaben aber sehr wohlwollend im Sinne staatlicher Stellen ausgelegt. Das ist längst nicht alles, auch auf Gebäudeversicherung und Handwerkerdienstleistungen entfallen mindestens 19 Prozent MwSt. So ist eine übliche Berliner Mietwohnung mit jährlich um die 2.500 Euro staatlicher Abgaben belastet, und das wird nicht das Ende der Fahnenstange sein. Mit der Grundsteuerreform und der kontinuierlich steigenden CO2-Steuer geht es auch in Zukunft munter



weiter. Der Staat beutet seine Bürger aus und zeigt mit dem Finger auf die Vermieter.

Deutschland ist Steuer- und Abgaben-Weltmeister. Deshalb wollen wir die Grundsteuer abschaffen und die GEZ-Sender bestenfalls auf Abo-Basis privatisieren. Die

ideologische CO2-Steuer soll entfallen, Berlin wird allein das Weltklima nicht retten, und die Abschaltung der Kernenergie zeigt, wie wenig die Bundesregierung selbst dieses Thema ernstnimmt.

~HARALD LAATSCH

Umweltzone weg, wirksamer Schutz der Umwelt her!

Unnötige Kosten zur Erhaltung der Zonen, 90 Prozent der Fahrzeuge erfüllen die Emissionsstandards

Es ist an sich schon fragwürdig, ob Umweltzonen einen maßgeblichen Beitrag zur Verbesserung der Luftqualität leisten können, denn die Verbesserung der Luftqualität durch einzelne lokale Maßnahmen ist praktisch kaum möglich.

Zusätzlich aber haben die Entwicklungen der letzten Jahre den Sinn von Umweltzonen überholt.

Heute erfüllen über 90 Prozent der Fahrzeuge in Berlin die erforderlichen Emissionsstandards. Diese Veränderung zeigt, dass die Umweltzonen nicht länger eine Notwendigkeit, sondern vielmehr eine bürokratische Last darstellen, weil mit jeder Umweltzone ein immenser bürokratischer Aufwand verbunden ist.

Die Aufrechterhaltung der Zonen bedeutet Kosten für Schilder und Kosten für die Kontrolle, Kosten in der Verwaltung, die die Stadt Berlin anderswo besser einsetzen könnte; Mittel und Ressourcen, die wir besser für zukunftsweisende Umweltschutzmaßnahmen aufwenden sollten.



Insofern ist es nur folgerichtig, dass die Industrie- und Handelskammer, die Stimme unserer Wirtschaft, ebenfalls die Abschaffung dieser Zone unterstützt. Dies spiegelt das wachsende Bewusstsein wieder, dass wir effektivere Wege zum Umweltschutz beschreiten müssen,

ohne unsere Wirtschaft unnötig zu belasten.

Deshalb hat die AfD Fraktion die sofortige Aufhebung der Umweltzone in Berlin beantragt, so wie es Hannover, Karlsruhe und Heilbronn bereits umgesetzt haben.

~ROLF WIEDENHAUPT

EM-Planer Sommer 2024

Gruppe A

Fr. 14. Juni 21:00 Deutschland	München Schottland
Sa. 15. Juni 15:00 Ungarn	Köln Schweiz
Mi. 19. Juni 18:00 Deutschland	Stuttgart Ungarn
Mi. 19. Juni 21:00 Schottland	Köln Schweiz
So. 23. Juni 21:00 Schweiz	Frankfurt Deutschland
So. 23. Juni 21:00 Schottland	Stuttgart Ungarn

Gruppe B

Sa. 15. Juni 18:00 Spanien	Berlin Kroatien
Sa. 15. Juni 21:00 Italien	Dortmund Albanien
Mi. 19. Juni 15:00 Kroatien	Hamburg Albanien
Do. 20. Juni 21:00 Spanien	Gelsenkirchen Italien
Mo. 24. Juni 21:00 Kroatien	Leipzig Italien
Mo. 24. Juni 21:00 Albanien	Düsseldorf Spanien

Gruppe C

So. 16. Juni 18:00 Slowenien	Stuttgart Dänemark
So. 16. Juni 21:00 Serbien	Gelsenkirchen England
Do. 20. Juni 15:00 Slowenien	München Serbien
Do. 20. Juni 18:00 Dänemark	Frankfurt England
Di. 25. Juni 21:00 England	Köln Slowenien
Di. 25. Juni 21:00 Dänemark	München Serbien

1. Achtelfinale

Sa. 29. Juni 18:00 2. Gruppe A	Berlin 2. Gruppe B
<input type="text"/>	<input type="text"/>

3. Achtelfinale

So. 30. Juni 18:00 1. Gruppe C	Gelsenkirchen 3. Gruppe D/E/F
<input type="text"/>	<input type="text"/>

2. Achtelfinale

Sa. 29. Juni 21:00 1. Gruppe A	Dortmund 2. Gruppe C
<input type="text"/>	<input type="text"/>

4. Achtelfinale

So. 30. Juni 21:00 1. Gruppe B	Köln 3. Gruppe A/D/E/F
<input type="text"/>	<input type="text"/>

1. Viertelfinale

Fr. 05. Juli 18:00 Gewinner 4. AF	Stuttgart Gewinner 2. AF
<input type="text"/>	<input type="text"/>

2. Viertelfinale

Fr. 05. Juli 21:00 Gewinner 6. AF	Hamburg Gewinner 5. AF
<input type="text"/>	<input type="text"/>

1. Halbfinale

Di. 09. Juli 21:00 Gewinner 1. VF	München Gewinner 2. VF
<input type="text"/>	<input type="text"/>

Finale

So. 14. Juli 21:00 Gewinner 1. HF	<input type="text"/>
--------------------------------------	----------------------

Fußball meister

Egal, wer gewinnt – Wir bleiben am Ball!



Gruppe D

So. 16. Juni 15:00	:	Hamburg
Mo. 17. Juni 21:00	:	Düsseldorf
Fr. 21. Juni 18:00	:	Berlin
Fr. 21. Juni 21:00	:	Leipzig
Di. 25. Juni 18:00	:	Berlin
Di. 25. Juni 18:00	:	Dortmund

Gruppe E

Mo. 17. Juni 15:00	:	Frankfurt
Mo. 17. Juni 18:00	:	München
Fr. 21. Juni 15:00	:	Düsseldorf
Sa. 22. Juni 21:00	:	Köln
Mi. 26. Juni 18:00	:	Frankfurt
Mi. 26. Juni 18:00	:	Stuttgart

Gruppe F

Di. 18. Juni 18:00	:	Dortmund
Di. 18. Juni 21:00	:	Leipzig
Sa. 22. Juni 15:00	:	Hamburg
Sa. 22. Juni 18:00	:	Dortmund
Mi. 26. Juni 21:00	:	Hamburg
Mi. 26. Juni 21:00	:	Gelsenkirchen

Berlin
Gewinner 2. HF

Europa-2024

5. Achtelfinale

Mo. 01. Juli 18:00	:	Düsseldorf
--------------------	---	-------------------

7. Achtelfinale

Di. 02. Juli 18:00	:	München
--------------------	---	----------------

6. Achtelfinale

Mo. 01. Juli 21:00	:	Frankfurt
--------------------	---	------------------

8. Achtelfinale

Di. 02. Juli 21:00	:	Leipzig
--------------------	---	----------------

3. Viertelfinale

Sa. 06. Juli 18:00	:	Düsseldorf
--------------------	---	-------------------

4. Viertelfinale

Sa. 06. Juli 21:00	:	Berlin
--------------------	---	---------------

2. Halbfinale

Mi. 10. Juli 21:00	:	München
--------------------	---	----------------

Schluss mit der Rotlichtbestrahlung an Schulen!

Meinungsfreiheit stärken – Meinungsvielfalt gewährleisten



Foto: AfD-Hauptstadtfraktion

Die Demonstration „gegen rechts“ vom 28. Februar 2024, welche sich gegen die AfD richtete, sorgte überregional für Aufregung. Grund: Der Schulleiter der Fichtenberg-Oberschule hatte Schüler zur Teilnahme aufgefordert und die Demonstration widerrechtlich zum „Unterricht am anderen Ort“ erklärt.

Die AfD konnte erreichen, dass die Schulaufsicht den Rektor zur Einhaltung der Gesetze mahnte. Eine politische Demonstration zum Unterricht zu

erklären, ist ein massiver Verstoß gegen die Paragraphen 48 und 67 des Berliner Schulgesetzes. Politische Werbung und jede einseitige Beeinflussung von Schülern sind unzulässig. Lehrer sind zudem nach dem Beamtengesetz zur Neutralität verpflichtet.

Noch erschreckender ist ein Vorfall aus Ribnitz-Damgarten, wo ein Schulleiter das TikTok-Profil einer Schutzbeholdenen ausspionierte. Unter Einschaltung der Polizei holte der Schulleiter

die nichts ahnende Schülerin aus dem Unterricht. Es folgte eine Gefährdungsansprache durch die Polizei. Warum? Die Schülerin postete ein Schlumpf-Video und schrieb, Deutschland sei nicht nur ein Ort, sondern Heimat.

Lehrer sind nach dem Beamtengesetz zur Neutralität verpflichtet

Die AfD-Hauptstadtfraktion nimmt dies zum Anlass, das Portal „Neutrale Schule“ wieder online zu stellen, auf dem wir vor Jahren bereits Informationen über die Indoktrination an Schulen gesammelt haben. Schüler haben ein Recht auf eine eigene Meinung. Wir unterstützen Schüler in Verteidigung ihrer Rechte. Heimatliebe ist kein Verbrechen!

~THORSTEN WEISS

Brennpunkt Tegel

Schwere Brandstiftung im Migrantenlager auf dem ehemaligen Flughafen Tegel

Im überfüllten Migrantenlager auf dem ehemaligen Flughafen Tegel ist eine Leichtbauhalle komplett abgebrannt. Die Polizei geht von schwerer Brandstiftung aus. Die skandalösen Zustände in dieser Notaufnahme sind hinlänglich bekannt. Allein die Betriebskosten belaufen sich auf stattliche 1,17 Millionen Euro – Täglich.

Die Zeltstadt mit Doppelstockbetten ist für 7100 Migranten aus Asien, Europa und Afrika angelegt. Mehr als ein Dutzend verschiedener Sprachen sind im Umlauf. Da führt ein lautes Handy schnell zu einer Massenschlägerei unter rivalisierenden Gruppen.

Wer traut sich noch, in diesem Umfeld Frauen und Mädchen zu schützen? Selbst bei Streitigkeiten unter arabischsprachigen Wachleuten sitzt das Messer locker. Wenn es richtig hoch hergeht, werden auch mal Unterkünfte abgeackelt.

Die Zeltstädte in Tegel und Tempelhof sind symptomatisch für die politisch gewollte Berliner Migrationskrise. Sena-



Foto: AfD-Hauptstadtfraktion

torin Kiziltepe (SPD) verharmlost die katastrophalen Zustände: „In solchen Großunterkünften wird es immer Konfliktpotenzial geben.“ Nicht anders Berlins Regierender, Kai Wegner (CDU), dessen Senat einen Abschiebestopp für den Winter durchgesetzt hat. In einer Stadt wie Berlin, in der 17000 vollziehbar Ausreisepflichtige vor der rechtmäßigen Abschiebung

bewahrt bleiben, können selbst illegale Migranten eine dauerhafte Rundumversorgung erwarten. Die bedingungslose Willkommenskultur hat das Land Berlin im Jahr 2022 bereits 943,7 Millionen Euro gekostet. Ein Ende ist nicht in Sicht. Der Brennpunkt Tegel liegt im Brennpunkt Deutschland.

~HUGH BRONSON

Finanzsenator auf Bauernfang

Versprochene Entlastung der Bürger entpuppt sich als teure Nebelkerze

Alles wird teurer. Wirklich alles? Gutgläubige Zeitungleser kommen seit einigen Wochen aus dem Staunen nicht mehr heraus. Finanzsenator Evers (CDU) tingelt durch die Redaktionsstuben mit einer Botschaft: Den Hebesatz für die Grundsteuer will er senken, er will ihn, wie er vollmundig ankündigt „fast halbieren“. Er will die Bürger im Mittel, angeblich, so sagt er, nicht stärker belasten, wenn die neue Grundsteuer ab 2025 erhoben wird.

Na, das klingt doch nach guten Nachrichten! Ein Finanzsenator, der nicht noch stärker abkassieren will, wo doch alles andere teurer wird.

Aber schaut man genauer hin, entpuppen sich diese Töne des Finanzsenators schnell als Nebelkerzen, sie sind ein raffiniertes Täuschungsmanöver.

Fachleute rechnen für Berlin im Schnitt mit einer Erhöhung der Grundsteuern um rund 60 Prozent

Konkret: Evers will den Hebesatz, das ist der Multiplikator, mit dem die Grundsteuer berechnet wird, von bisher im Bundesvergleich sehr hohen 810 Prozent auf „nur noch“ 470 Prozent senken. Ist das eine Halbierung? Halbiert ergäben sich 405 Prozent. Frage: Sinkt dadurch die Grundsteuer um nahezu die Hälfte ab? Ganz und gar nicht.

Selbst mit einem Hebesatz von 405 Prozent läge Berlin noch weit oberhalb der Aufkommensneutralität!

Die Grundsteuern werden also steigen, und zwar massiv. Denn als neue Bemessungsgrundlage dienen hohe, teils fiktive Neuberechnungen auf Basis des Stichtages 01. Januar 2022. Der Finanzsenator nutzt also Spitzenpreise mit fiktiven, teils weit über dem Mietspiegel liegenden Mieten, um daraus die neue Grundsteuer zu errechnen. Mit 470 Prozent Hebesatz kombiniert ergibt sich beispielsweise für eine 50-m²-Neubauwohnung in Pankow eine fiktive Nettokaltmiete von 16,47 Euro je m², und damit eine Steigerung der Grundsteuer um satte 163 Prozent! Einhundertdreißig Prozent Steigerung, Herr Finanzsenator. Es mag am Stadtrand und im Westteil der Stadt auch Grundsteuern geben, die weniger stark ansteigen, die Berechnungsmethode ist komplex, kaum ein Laie steigt da durch. Aber Fachleute rechnen für Berlin im

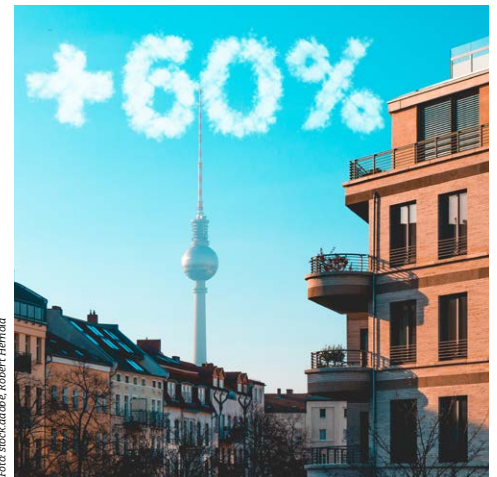


Foto: stock.adobe, Robert Henrich

Schnitt mit einer Erhöhung der Grundsteuern um rund 60 Prozent. Sechzig Prozent!

Aus der als Akt der Mildtätigkeit verkauften „fast Halbierung“ des Hebesatzes unseres Finanzsenators werden also satte Kostensteigerungen ab 2025 für nahezu alle Mieter, deren Nebenkosten weiter steigen, und für Eigentümer gleichermaßen.

Die AfD fordert, diese ungerechte Steuer und vor allem deren unverschämte Erhöhung zu stoppen und die Grundsteuer insgesamt abzuschaffen. Deutschland als Hochsteuerland hat genügend andere Steuerquellen. **~ULLI ZEDLER**

Engagement als Geschäftsmodell

Doch wofür das Geld genau ausgegeben wird, bleibt meist unbeantwortet

Überall fehlt Geld – außer bei linken Initiativen. Für diese gibt es Alimentierungen noch und nöcher: Bezahlte Räume für die eigene Klientel, Absicherungen, Förderungen, Berufsperspektiven.

Das alles findet unter dem Label „Engagement gegen Diskriminierung“ oder der sogenannten „Demokratieförderung“ statt. „Jobwunder-Engagement“ müsste es heißen, eine wahre Jobmaschine für die Genossen!

Denn ein wachsendes linkes Milieu wird unverhohlen staatlich gemästet. Im aktuellen Doppelhaushalt des Landes Berlin sind nur für „Antidiskriminierungs-Projekte“ 24 Millionen Euro eingeplant. Was man wissen muss: Es handelt sich dabei nicht um einen wahren Kampf gegen Rechtsbrüche und Ähnliches. In einem Rechtsstaat ist das die Aufgabe von Polizei und Justiz.



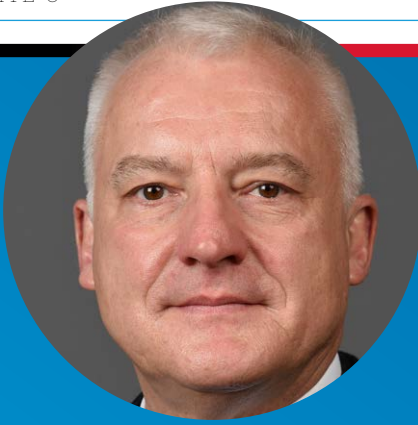
Foto: stock.adobe, Bilderstechchen

Es geht vielmehr um Lobbyarbeit für die „zivilgesellschaftlichen“ Partner der Altparteien. Durch Geldflüsse aus Steuergeld wird deren Macht über die Köpfe der

Bürger ausgeweitet: Vorteile für bestimmte Gruppen (Antifa-nahe Strukturen, LGBTQ-Netzwerke etc.) werden ermöglicht durch das Jobwunder „Antidiskriminierung“, wo Akteure u.a. in Beratungsstellen und der Öffentlichkeitsarbeit lukrative Stellen finden – von der Migrationsindustrie ganz zu schweigen.

Dort scheint beim Engagement für Integration das Geld besonders locker zu sitzen. Wofür das Geld genau ausgegeben wird und mit welchem Erfolg, bleibt meist unbeantwortet. Bei diesem Sammelsurium aus Fördergeldern, Berufsprogrammen und Lobbyismus für Ideologieprojekte bleibt eines auf der Strecke: die Interessen der Berliner, die ihr Leben selbstbestimmt und ohne übergriffige Politik gestalten wollen.

~JEANNETTE AURICHT



10 Fragen für: **Dr. Hugh Bronson**

*Dr. Hugh Bronson MDA,
geboren 1961 in Apen, Ammerland, kein Briefwähler*

- Ihr Lieblingsplatz in Berlin ist ...?**
Der Grunewaldsee
- Das Getränk zum Lieblingslied?**
Eskimo Flip zum Lied "Eisbär" von Grauzone
- Im Radio hören Sie am liebsten...?**
Kontrafunk
- Wo gibt es die beste Pizza in Ihrem Bezirk?**
Rapallo, Kudamm 111
- Was mögen Sie an Berlin am meisten?**
Pfannkuchen
- Und was ist das Schrecklichste?**
Ewige Baustellen.
- Warum sind Sie Abgeordneter geworden?**
Um Linksgrün unter die 5 Prozent-Hürde zu drücken.
- Was war ihr größter Erfolg als Abgeordneter?**
Von Linksgrünen begrüßt zu werden.
- Haben Sie die Entscheidung jemals bereut?**
Bis jetzt nicht.
- Wenn Sie einen Wunsch im Abgeordnetenhaus frei hätten, wie würde der lauten?**
Alle AfD-Anträge werden angenommen.

**WIR WÜNSCHEN
ALLEN BERLINERN**

*Einen
schönen
Start in den
Sommer!*



Foto: stock.adobe.com, Piotr Krzeslak



Mitmachen, Mitbestimmen, Mitglied werden.

**Werden Sie jetzt
Teil der Alternative
für Deutschland!**

<https://www.afd.de/mitglied-werden/>



**Sie sind beruflich
oder privat stark
eingespannt?**

**Dann können Sie uns auch
durch eine
Fördermitgliedschaft
oder eine Spende
unterstützen:**

SPENDENKONTO

AfD Landesverband Berlin
DE35 1005 0000 0191 1950 57
BELADEBEXXX

**Folgen Sie uns:
AfD Landesverband Berlin**

www.afd.berlin

facebook.com/afdberlin/

twitter.com/AfDBerlin

AfD

Landesverband
Berlin

IMPRESSUM

Herausgeber AfD Landesverband
Berlin, Eichhorster Weg 80, 13435
Berlin **Verantwortlich im Sinne des
Presserechts** Ronald Gläser
E-Mail lgs@afd.berlin
REDAKTIONSSCHLUSS 4. APRIL 2024

